

Jagmetti: Ich schulde Ihnen eine Erklärung, weshalb ich diese Interpellation eingereicht und die Dringlichkeit gewünscht habe. Der Grund liegt darin, dass wir eine Tagung in Genf meines Erachtens nicht ohne eine grundsätzliche ausserpolitische Debatte durchführen sollten, weshalb ich schon im Sommer die Frage mit dem Präsidenten geklärt habe.

Nun reicht der Ort, so sehr ich die Auffassungen von Herrn Cavelti und Herrn Gadiant teile, noch nicht, um die Dringlichkeit zu verlangen. Das Wesentliche ist die Dynamik, mit der sich das internationale Geschehen entwickelt.

Die Botschaft des Bundesrates über das Folgeprogramm nach der Ablehnung des EWR-Abkommens (93.100) stammt vom 24. Februar 1993, und wir müssen uns mit der Entwicklung auseinandersetzen, die permanent im Gang ist. Wir werden möglicherweise noch vor Beginn der Wintersession zwei Kündigungen des Efta-Vertrages zur Kenntnis nehmen müssen, die dann allerdings erst ein Jahr später wirksam werden. Das Geschehen steht nicht still, sondern ist in voller Bewegung begriffen. Wenn wir zuwarten, bis alles geschehen ist, hat das Parlament seine Gestaltungsmöglichkeiten verloren. Gewiss, die Aussenpolitik wird vom Bundesrat geführt, aber sie muss vom Parlament und vom Bürger mitgetragen werden. Wenn wir nun einfach keine Debatte mehr führen können, bis alle Entscheide getroffen sind, dann werden wir unsere Verantwortung meines Erachtens nicht voll wahrnehmen, und wir werden im Dialog mit den Bürgern nicht erklären können, weshalb wir diese und jene Richtung einzuschlagen gedenken.

Ich bin der Meinung, es sei Zeit, darüber zu sprechen.

M. Roth: J'aimerais que le débat européen reprenne devant le Parlement, même s'il doit s'avérer encore timide et tâtonnant. Il ne faut pas que le non du 6 décembre 1992 nous anesthésie plus longuement. Je plaide donc pour relancer le débat avec tous les Suisses, en particulier avec ceux qui ont voté non le 6 décembre 1992.

Si le Parlement refuse d'en débattre, ce n'est pas le bon moyen d'y parvenir. Le peuple suisse ne pourra se faire une opinion que si le dialogue reprend. Je sais parfaitement que le Conseil fédéral présentera son prochain rapport de politique extérieure en décembre prochain. Et alors? Dans l'intervalle, devons-nous faire comme si nous n'avons pas de politique étrangère en matière européenne? Faire silence radio à la suite de l'offre bilatérale de négociation de la Commission européenne? Le Parlement est associé, selon notre constitution, à la définition de notre politique étrangère. Pourquoi ne pas conduire un débat, aujourd'hui, autour des interpellations Onken et Jagmetti qui pourraient fournir au Conseil fédéral des indications utiles pour le rapport qu'il a à établir? Et l'entendre aussi sur ses projets.

Je vous invite donc à rejeter la motion d'ordre, à vous rallier à la proposition de notre Bureau qui a accordé la clause d'urgence aux deux interpellations précitées. Je prétends que les débats gelés, même temporairement, ne servent à rien sinon à geler la démocratie.

Schiesser: Ich möchte Sie bitten, dem Ordnungsantrag Rüesch zuzustimmen, und zwar aus folgenden Ueberlegungen: Herr Gadiant hat gesagt, wir sollten diese Frage unter dem Aspekt beurteilen, ob eine Diskussion heute nötig sei, und nicht unter dem Aspekt möglicher Ergebnisse. In diesem Punkt verrete ich die gegenteilige Auffassung: Nicht die Frage, wann oder wo wir eine Debatte führen, ist massgebend, sondern die Frage, ob wir etwas zu sagen haben und ob am Schluss auch etwas vorliegen wird.

Eine Debatte über eine so wichtige Frage im Parlament oder in einer Kammer des Parlamentes sollte zweierlei ermöglichen: Zum einen sollte die Regierung ihre Position gegenüber dem Parlament und damit gegenüber einer breiten Öffentlichkeit dartun. Zum anderen sollte das Parlament Gelegenheit erhalten, die von ihm gewünschte Marschrichtung anzugeben, die generellen Linien vorzuzeichnen. Sinnvoll sind solche Debatten allerdings nur dann, wenn damit gerechnet werden kann, dass am Ende der Aussprache mindestens Ansätze konkreter Orientierungspunkte für das weitere Vorgehen vorliegen.

Wir kennen die Situation. Wir wissen, in welcher Lage wir uns befinden. Wir kennen die Antwort bzw. den Bericht der EG-Kommission vom 14. September. Aber das ist nicht ein Bericht an die Schweiz. Das ist vorerst einmal ein interner Bericht an die EG-Mitgliedstaaten. Ich möchte gerne wissen, wie wir im Parlament bereits heute zu einem solchen Bericht konkret Stellung nehmen wollen. Ist es wirklich sinnvoll, dass wir uns hier bereits in aller Öffentlichkeit über derartige Berichte äussern?

Der Präsident der Aussenpolitischen Kommission hat die Auffassung vertreten, dass die Debatte heute stattfinden sollte. Ich bin der Auffassung, dass Derartiges zuerst in der Aussenpolitischen Kommission vorbesprochen werden sollte. Wie haben wir uns denn auf die heutige Debatte vorbereitet? Wir haben am Donnerstag den Text der beiden dringlichen Interpellationen erhalten, und das ist eigentlich alles. Es gehört sich für den Ständerat, dass wir derartige Debatten im Rahmen der zuständigen Kommission seriös vorbereiten, und das ist die Aussenpolitische Kommission.

Deshalb bitte ich Sie auch im Interesse unseres Rates – und nicht, um falsche Zeichen zu setzen –, heute auf die Diskussion zu verzichten. Wir werden uns in der Aussenpolitischen Kommission entsprechend vorbereiten und dann in der Dezembersession eine grundlegende Diskussion führen.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Rüesch

24 Stimmen

Dagegen

14 Stimmen

Präsident: Die Debatte über die beiden Interpellationen wird somit in der Dezembersession geführt.

93.012

Internationaler Pakt zur Abschaffung der Todesstrafe Pacte international relatif à l'abolition de la peine de mort

Botschaft und Beschlussentwurf vom 3. Februar 1993 (BBI 1995)
Message et projet d'arrêté du 3 février 1993 (FF 1943)

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Frau **Meier** Josi, Berichterstatterin: Getreu ihrer Praxis, internationale Pakte erst dann zu ratifizieren, wenn die Voraussetzungen dazu im internen Recht geschaffen sind und wenn überdies eine gewisse Anzahl von Ratifikationen die internationale Durchsetzung als realistisch erscheinen lässt, hat sich die Schweiz bei der Ratifikation der beiden grossen Pakte über bürgerliche Rechte von 1966 volle 25 Jahre lang Zeit gelassen. Seit gut einem Jahr, seit dem 18. September 1992, sind nun beide Pakte für uns in Kraft, nämlich der erste über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und der zweite über die bürgerlichen und politischen Rechte im engeren Sinn.

Mit der seinerzeitigen Botschaft hatte der Bundesrat gleichzeitig angekündigt, er werde dann noch das zweite Zusatzprotokoll zum Pakt II vorlegen, sobald die Todesstrafe in der Schweiz endgültig abgeschafft sei. Mit der heutigen Botschaft kommt er dieser Ankündigung nach.

In der Tat ist die Voraussetzung erfüllt. Wir haben die Todesstrafe definitiv aufgegeben. Der Weg dazu war lang. Immerhin – Sie erinnern sich –: Schon die Bundesverfassung von 1874, die unter dem Motto «ein Recht, eine Armee» lief, schränkte auf eidgenössischer Ebene die Todesstrafe erst-

mals ein. Die Sanktion wurde damals für politische Vergehen verboten. Mit dem Schweizerischen Strafgesetzbuch von 1937, in Kraft seit 1942, folgte das Todesstrafeverbot für alle in Friedenszeiten begangenen Verbrechen. Nur noch für Kriegs- bzw. Aktivdienstzeiten blieb die Möglichkeit der Todesstrafe bei schweren Verbrechen vorläufig offen. Die entsprechenden Bestimmungen des Militärstrafgesetzes wurden letztmals während des Zweiten Weltkriegs genutzt.

Bei der letzten Revision des Militärstrafgesetzes haben wir mit Wirkung ab 1. September des letzten Jahres nach eingehenden Debatten auch diese letzte Möglichkeit eliminiert. Damit erfüllten wir gleichzeitig unsere internationale Verpflichtung zur Abschaffung der Todesstrafe, wie wir sie besonders 1987 mit dem Beitritt zum 6. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention von 1983 eingegangen waren. Wir folgten damit auch der europäischen Rechtsentwicklung, die wir seither ausserdem in Dokumenten der KSZE mitgetragen haben und die in den letzten Jahren wiederholt auch vom Europäischen Parlament mit Resolutionen zur Abschaffung der Todesstrafe unterstrichen wurde.

Den Schritten im eigenen Land und im eigenen Kontinent soll heute der Schritt auf universeller Ebene folgen. Das von uns stets anerkannte Recht auf Leben als fundamentalstes Menschenrecht hat seit seiner Festschreibung in den erwähnten Pakten von 1966 auch den Ruf zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe verstärkt und führte mit zum heutigen Protokoll.

Sein wesentlicher Inhalt: Mit Artikel 1 untersagt es die Vollstreckung jeder Todesstrafe und verlangt deren Abschaffung. Mit Artikel 2 verbietet es deren Wiedereinführung.

Ein Vorbehalt kommt nur für jene Staaten in Frage, welche die Strafe für Kriegszeiten noch kennen. Da wir keine solche Bestimmung mehr haben, entfällt für uns auch jeder Vorbehalt zu diesem Protokoll. Artikel 6 des Protokolls verbietet noch die Ausserkraftsetzung von Artikel 1; die übrigen Artikel sind eher formeller und organisatorischer Natur.

Während das 6. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention kündbar ist, bleibt das vorliegende Fakultativprotokoll unkündbar. Wer es ratifiziert, hat somit auch die Pflicht, sich weltweit für die Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen. Die Schweiz tut dies ohnehin schon, demnächst wieder im Rahmen der KSZE.

Gegenwärtig ist das Protokoll von 15 Staaten ratifiziert. Ich darf für die einzelnen Listen auf die Botschaft verweisen. Seit Erscheinen der Botschaft sind drei neue Staaten dazugekommen, darunter unser Nachbar Oesterreich.

In unserer Kommission wurde ein Fragenkomplex sehr intensiv diskutiert: jener der Unkündbarkeit des Protokolls, verbunden mit allfälligem Notrecht in ausserordentlichen Zeiten. Dabei wurde klar, dass zwar theoretisch auch unkündbare Verträge im Einverständnis mit den übrigen Vertragspartnern aufgekündigt werden könnten. Das Protokoll soll aber ohne Mentalvorbehalt ratifiziert werden. Gerade weil es unkündbar ist, steht es – wie andere internationale Abkommen – unter dem Vorbehalt des fakultativen Staatsvertragsreferendums. Dieses fakultative Volksveto legitimiert uns dazu, die Möglichkeiten für eine Revision der Verfassung einzuschränken.

Offen blieb in der Diskussion die Frage, ob unser Staatsvertragsreferendum einmal auf den Widerspruch zwischen Volksrecht und internationalen Verpflichtungen mit hohem ethischem Gehalt abgeklopft werden müsste.

Die Kommission entschied schliesslich mit 9 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen Eintreten und empfiehlt Ihnen, dem Bundesrat die Beitrittsermächtigung zu geben. Dabei liess sie sich hauptsächlich von drei Überlegungen leiten:

1. Wir haben die Todesstrafe abgeschafft und wollen sie nicht wieder einführen. Wir sind schon auf europäischer Ebene entsprechende Verpflichtungen eingegangen; nichts steht entgegen, dies auch universell zu bekräftigen.

2. Wir wissen, dass es Situationen gibt, in denen rechtliche Verpflichtungen schlecht oder gar nicht mehr durchsetzbar sind. Wir hielten es aber angesichts des hohen Rechtsguts des menschlichen Lebens für richtig, für solche Situationen nicht schon zum voraus Notrecht ins Auge zu fassen.

Die Erfahrung zeigt übrigens, dass Todesurteile in schwierigen, ausserordentlichen Lagen unter speziell schlechten Be-

dingungen ausgefällt werden. Es sind die Zeiten, in denen der Volkszorn Urständ feiert und Sühneopfer fordert. Kaum sind diese Zeiten jeweils vorbei, dann reuen einen die Urteile wieder. Ich erinnere Sie an die herbe Kritik, die namhafte Strafrechtler, wie etwa der verstorbene Professor Peter Noll, bei der Analyse der Fälle aus dem letzten Aktivdienst 1939 bis 1945 anbrachten. Oder ich erinnere Sie auch an Beispiele aus Film und Literatur, gerade auch an «Die Erschiessung des Landesverrätters Ernst S.», die vom eben verstorbenen Niklaus Meienberg und vom Filmemacher Richard Dindo durchleuchtet wurde. In solchen Lagen ist eine rechtliche Verpflichtung, die uns vor Fehlurteilen schützt, sogar wünschenswert.

3. Die Schweiz ist Depositarstaat der Genfer Konventionen, jenes humanitären Völkerrechts, das ganz besonders darauf angewiesen ist, in Zeiten von Gewalt und Krieg nie ausser Kraft gesetzt zu werden. Dieser Schweiz stünde es wohl an, das fundamentalste aller Menschenrechte auf der ganzen Bandbreite auch international vorbehaltlos zu vertreten. Das eben geschieht mit dem Beitritt zum jetzt vorgeschlagenen Fakultativprotokoll. In Zeiten eskalierender Gewalt ist es zudem besonders wichtig, auch von Staates wegen die Hemmschwelle gegen das Töten möglichst hoch anzusetzen.

Ich beantrage Ihnen daher namens der Kommission – und auch als guten Einstieg Ihres heute noch vorgesehenen Besuchs beim IKRK –, auf die Vorlage einzutreten und den Beitritt der Schweiz zum zweiten Fakultativprotokoll gutzuheissen.

M. Béguin: Puisque nous siégeons à Genève, permettez-moi d'évoquer le souvenir du combat qui fut mené ici au XIX siècle par les républicains en faveur de l'abolition de la peine de mort.

La Constituante genevoise avait voté le maintien de la peine de mort par 43 voix contre 5. La cause, toutefois, n'était pas entendue, car il fallait un second vote. C'est alors que les abolitionnistes songèrent à appeler Victor Hugo à la rescousse. Dans une lettre du 16 novembre 1862, un certain M. Bobst écrivait à l'illustre exilé: «Quel appui ce serait pour nous, quelle force nouvelle, si par quelques mots vous pouviez intervenir, car ce n'est pas là une question cantonale ou fédérale, mais bien une question sociale et humanitaire où toutes les interventions sont légitimes. Pour les grandes questions, il faut de grands hommes. Nos discussions auraient besoin d'être éclairées par le génie et ce nous serait à tous un grand secours qu'un coup de main qui nous viendrait de ce rocher vers lequel se tournent tant de regards.» Victor Hugo répondit le lendemain par une longue lettre qui résume tous les arguments en faveur de l'abolition de la peine de mort, mais qui arriva trop tard pour convaincre la Constituante. Mais cette lettre, néanmoins, fut décisive pour le scrutin populaire qui suivit, le 7 décembre. En effet, le peuple rejeta la constitution des conservateurs qui maintenait la peine de mort.

Genève montra ainsi l'exemple, même s'il ne fut pas le seul en Suisse. La Constitution fédérale de 1874 proscriba la peine de mort pour les seuls crimes politiques. Souverains en matière pénale, les cantons maintiendront ou aboliront la peine de mort selon leur tradition. Le Code pénal suisse de 1937 la supprimera en ne la prévoyant tout simplement pas et alors même que la Constitution fédérale ne l'exigeait pas. Ainsi, quatre-vingts ans après le vote genevois, la Suisse voyait entrer en vigueur un code abolitionniste.

Comme pénaliste et comme avocat de la société, je me réjouis de ce progrès moral, le seul peut-être à mettre au crédit de notre société moderne. Je ne cherche pas à vous lasser par une profession de foi que vous êtes tous à partager. Je voulais d'abord honorer le lieu où nous sommes: «Au moment où l'Europe recule, il serait beau que Genève avançât», écrivait Victor Hugo à l'époque. Je voulais encore affirmer d'autant plus fortement mon opposition à la peine capitale que j'éprouve des réticences à approuver le protocole qui est maintenant proposé à nos suffrages.

Dans mon esprit, il n'y a aucune contradiction à vouloir proscrire le châtement suprême dans le droit ordinaire et, dans le même temps, à vouloir laisser subsister la possibilité de le réintroduire dans des situations exceptionnelles, lorsque la nation et le peuple sont gravement menacés dans leur existence.

Dans une société organisée et paisible, où la force réside dans la loi, où les passions individuelles et collectives se brisent sur le roc des institutions, la mort infligée par l'Etat n'est ni légitime ni même utile. En revanche, elle peut, hélas, être nécessaire dans des situations d'extrême péril, lorsque des événements excessifs ébranlent à ce point la survie de la nation qu'elle se trouve naturellement en état de légitime défense.

Cela a été rappelé, la peine de mort a été totalement abolie en Suisse depuis le 1er septembre 1992, en disparaissant du Code pénal militaire. Ainsi, en vertu de l'article 2 du Protocole additionnel No 6 à la Convention européenne des droits de l'homme, nous ne pourrions, en principe, même si nous invoquions le droit de nécessité, réintroduire la peine de mort en temps de guerre. Toutefois, il nous resterait quand même, en l'état actuel du droit, une possibilité légale de le faire, à savoir dénoncer le Protocole No 6 de la Convention européenne des droits de l'homme, ce qui est possible.

En nous proposant aujourd'hui de faire un pas supplémentaire à l'échelon universel, et non plus seulement européen, le Conseil fédéral nous conduit à une décision absolue, définitive et irrévocable, car le 2e Protocole du Pacte international n'est pas dénonçable. Cela signifie que nous nous lions les mains in aeternum, que nous prenons une décision que ni nos enfants ni nos petits-enfants ne pourront modifier. Mais il y a plus encore. Même une initiative constitutionnelle, par hypothèse acceptée par le peuple et les cantons, ne pourrait défaire le noeud qu'on nous propose de passer aujourd'hui. Et c'est là un des paradoxes de nos institutions: le peuple suisse est en droit, s'il le veut, de supprimer l'armée, mais il ne pourrait plus réintroduire la peine de mort en temps de guerre après la signature du pacte qu'on nous propose.

Eh bien, je ne me sens pas en droit de décider pour l'éternité, trop convaincu du caractère éminemment provisoire de nos pensées et de nos actions. Et puis, on peut se demander si, en ratifiant ce protocole, on fait véritablement oeuvre utile. En effet, lors de la séance de commission, M. Krafft, ambassadeur, nous a déclaré: «Il est à prévoir qu'en cas de guerre en Europe, les Etats ne respecteraient plus leurs engagements internationaux. Cela dit, l'engagement juridique subsiste néanmoins. Reste à savoir ce que l'Etat en ferait dans une situation d'exception.» Alors, voilà qu'on nous demande d'engager notre pays dans la ratification d'un traité définitif tout en laissant entendre qu'il ne résistera pas aux tourbillons de l'histoire. Alors, je me pose une question très simple: à quoi cela sert-il? Voilà les raisons pour lesquelles, en ce qui me concerne, je m'abstiendrai lors du vote sur cet objet.

M. Petitpierre: Je ne pensais pas intervenir sur cet objet, mais l'intervention de M. Béguin m'y amène. Paradoxalement, l'argument qu'il a donné, c'est-à-dire qu'en des temps difficiles, de crise, agités, il faudrait pouvoir décider, le cas échéant, de rétablir la peine de mort, me conduit à la conclusion exactement contraire. Je ne sais pas si on tue bien dans les périodes de calme, mais je suis sûr que dans les périodes agitées on risque de tuer dans les conditions les pires, et, quand on revoit calmement les choses, l'histoire nous montre que, si l'on avait été calme, on n'aurait probablement pas tué comme on l'a fait, et cela est vrai même de l'histoire de la peine de mort en Suisse pendant la dernière guerre.

J'aimerais dire à M. Béguin que son argument n'a que l'apparence du bon sens. En vérité, c'est à cause des périodes agitées et dangereuses qu'il faut essayer de mettre des barrières, dont on sait – d'accord! – qu'elles pourraient être franchies. On sait que ce qu'on appelle le droit de nécessité peut être la négation du droit, on sait que peut-être l'engagement pris par la Suisse serait violé, mais au moins il existerait dans notre ordre juridique ce frein qui ferait réfléchir à deux fois avant d'établir ou de rétablir la peine de mort, pour faire plaisir, par exemple, à une partie de l'opinion ou pour donner satisfaction à des sentiments violents dans des périodes critiques. Paradoxalement, je dirai que plus la période est agitée, moins il faut avoir de peine de mort.

M. Cotti, conseiller fédéral: Compte tenu des différentes interventions qui ont précédé, je pourrai être très bref. La proposi-

tion qui vous est faite suit les décisions formelles qui ont été prises par le Parlement en matière de peine de mort, de manière définitive, en éliminant ce qui restait encore de la réglementation dans le Code pénal militaire. Vous savez que le 1er septembre de l'année passée la peine de mort a été proscrite de notre ordre juridique, même dans ce dernier cas.

Je n'ai pas relevé de signaux contraires à l'entrée en matière, sauf les objections exprimées par M. Béguin ainsi que, comme je m'en aperçois en lisant le procès-verbal de la séance du 1er au 3 septembre, quelques doutes qui avaient été signalés aussi par deux autres conseillers aux Etats qui s'étaient abstenus lors de la séance de la commission, vous l'avez dit, Madame la Présidente de la commission.

Je pense que, du point de vue de l'expérience historique, M. Petitpierre a tout à fait raison. Si l'on devait faire état des peines de mort arrêtées dans des situations de nécessité ou de crise, dans les Etats – vous avez d'ailleurs cité la Suisse et nous savons combien de points d'interrogation, pour ne pas dire plus, ont surgi au sujet de certaines peines de mort prononcées au cours de la Deuxième Guerre mondiale –, mais si l'on devait aller au-delà des quelques cas isolés qui sont les nôtres et regarder dans l'histoire, on comprendrait facilement que c'est précisément dans ces situations-là que l'objectivité et la sérénité nécessaires risquent de faire défaut.

Cela dit, je comprends la perplexité purement juridique de M. Béguin. Je me permettrai de relever que, jusqu'à maintenant, 15 Etats ont souscrit au protocole dont le contenu prévoit irrévocablement l'élimination de la peine de mort. Nous savons que, en règle générale, en l'absence d'opposition de la part des Etats qui les ont signées, des conventions de ce type peuvent être révoquées. Il est donc tout à fait possible que si les autres Etats devaient reconnaître un droit de nécessité de notre part, le recours à celui-ci – que je considère, pour les raisons historiques indiquées, comme tout à fait superflu – pourrait strictement être réutilisé. On peut cependant espérer que tous les Etats soient d'accord à ce sujet.

Je soulignerai encore un élément qui me paraît très important. Pour des raisons qui sont exposées dans le message, la proposition qui vous est faite est soumise au référendum facultatif, de sorte qu'en définitive ce ne sera pas un arrêté que le Parlement prendra facilement après un quart d'heure de discussion qui entrera en ligne de compte, mais, à la limite, ce sera le peuple suisse qui pourra se décider. Je n'ai quant à moi aucun doute sur le fait que le peuple suisse pourra suivre les raisons évoquées ici par M^{me} la présidente de la commission – il y a, à mon avis, certaines valeurs fondamentales qui jouent au-delà de tout, et je pense que le droit à la vie est l'un des éléments les plus fondamentaux – de même que l'évaluation historique de M. Petitpierre, que je comprends tout à fait.

C'est la raison pour laquelle je vous prie de bien vouloir voter l'entrée en matière et le projet qui figure dans le message du Conseil fédéral qui remonte au 3 février 1993.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

Dagegen

22 Stimmen

1 Stimme

An den Nationalrat – Au Conseil national

Internationaler Pakt zur Abschaffung der Todesstrafe

Pacte international relatif à l'abolition de la peine de mort

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.012
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.09.1993 - 15:30
Date	
Data	
Seite	681-683
Page	
Pagina	
Ref. No	20 023 364

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.